

DEN VERTRIEB AUSLÄNDISCHER ZEITUNGEN REGULIERENDE POLITIK DER LIBERALEN REGIERUNG 1875–1890

von
EDE TÓTH

Das Pressewesen war innerhalb des administrativen Kompetenzbereiches des Ministerpräsidiums vielleicht das wichtigste Mittel zur Beeinflussung des öffentlichen Lebens.

Die Herausbildung einer gesteuerten und systematisierten Pressepolitik verbindet sich mit der Ministerpräsidentschaft von Kálmán Tisza. Tisza maß der regierungspolitischen Beaufsichtigung dieses, im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts fast auf jede gesellschaftliche Klasse wirkenden, masseninformativen Mittels außerordentliche Bedeutung bei. Aus diesem Grund behielt sich das Ministerpräsidium diesen Bereich selbst vor.

Zur Unterstützung einer, den Zielen der liberalen Regierung dienenden und zur Begünstigung der Verwirklichung derer Aufgaben berufenen Pressepolitik arbeitete der Verband der Journalisten unter Vorsitz von Mór Jókay. Diese Vereinigung erarbeitete und unterbreitete dem Ministerpräsidium in Form einer Petition eine Regelung zum Vertrieb von Zeitungen, die die Möglichkeiten des Eisenbahnverkehrs berücksichtigte. Die Anhänger Jókays waren selbst auch von der Regierungspartei. Nur scheinbar brachten sie eine, die Pressepolitik der Regierung kritisierende Absicht zum Ausdruck. In Wirklichkeit baten sie um etwas, was ihnen die Pressepolitik der liberalen Regierung auch ansonsten gewährte.¹

In die Kompetenz des Ministerpräsidiums gehörte die politische Beurteilung der Fälle von Pressevergehen. Gegenüber von Presseerklärungen innerhalb der Regierungspartei und bei weniger gewichtigen der Opposition wendete die Regierung das Prinzip vom „wohlthätigen“ Liberalismus an, ließ sie „Gnade“ walten. So ein Fall war z. B. der des im Blatt *Debrecen* erschienenen Artikels *Zászló alá* (Unter die Flagge) von Zoltán Takács. Wegen der Grundlosigkeit der, „seine Person betreffenden Verleumdungen“ wünschte Ministerpräsident Kálmán Tisza „keine Vergeltungsmaßnahmen zu treffen, in Anbetracht, daß dessen, zum Wehrkraftsplan gemachte Bemerkung zur Zeit der parlamentarischen Erörterung eine landesweite Erregung auslöste, die er auf dem Weg eines Prozesses nicht noch verstärken möchte.“²

Der freie Gedanke des, den also die Pressepolitik der Regierung in Schutz nimmt, war ausschließlich eine die liberale Regierungspolitik

preisende Meinung. Der Klassencharakter der Pressepolitik der Regierung geht noch besser aus den Entscheidungen über die Ausübung der Pressefreiheit hervor. In Hinsicht auf die Pressefreiheit machte man einen sehr großen Unterschied zwischen in- und ausländischen Blättern. Die inländischen Blätter genossen insofern größere Pressefreiheit, als daß die Regierung nur in Besitz eines richterlichen Urteils deren Verbreitung verhindern konnte. Im Gegenteil dazu wurde die Verbreitung ausländischer Blätter durch einfache Beschlüsse des Ministerrates geregelt. Der Entzug der Vertriebserlaubnis, bzw. deren Gutheißung verrät darum vieles über die pressepolitische Praxis des Ministerpräsidiums.

Postvertriebsverbote nahm der Ministerrat auf Vorschlag der Presseabteilung des Ministerpräsidiums an, die danach vom Handels- und Verkehrsministerium vollzogen wurden. Die prinzipielle Entscheidung gehörte also in den vorbereitenden Wirkungskreis des Ministerpräsidiums. Unter der Verbreitungsverboten war eine staatsfeindliche Richtung der häufigste Grund.

Unter solchen Zeitungen, die wegen monarchiefeindlicher Haltung mit Vertriebsbeschränkungen belegt wurden, spielen auch deutsche Zeitungen und Zeitschriften eine Rolle, welche die durch Bismarck vertretene offiziell „kleindeutsche“ Politik überbietend auch „großdeutsche“ politische Töne anschlugen. Gegen diese Erscheinungen regte gewöhnlich das gemeinsame Außenministerium ein Auftreten an, auf innenpolitischen Gebiet verfügte die österreichische Regierung. Für die ungarische Regierung waren die großdeutschen Äußerungen von sekundärer Bedeutung, darum dehnte die österreichische Regierung ähnliche Verfügungen gewöhnlich auch gleich auf Ungarn aus.³ In Fragen, die die Monarchie in ihrer Gesamtheit berührten, schloß sich die ungarische Regierung den Maßnahmen der österreichischen Regierung an.⁴

Ofters war ein gemeinsames Auftreten der österreichischen und ungarischen Regierung gegen italienische irredentistische Blätter. Im Zusammenhang mit der Vereinigung Italiens schrieben die italienischen Blätter oft auch über das Schicksal der zur Österreichisch-Ungarischen Monarchie gehörenden Gebiete. Sie beschäftigten sich mit dem Gedanken des Anschlusses derjenigen Gebiete an Italien, die in der Mehrheit, oder zum Teil von Italienern bewohnt wurden. Oft kritisierten sie auch die Verwaltungspolitik, die die Rechte der italienischen Bevölkerung nicht respektierte.⁵

Gegenüber der auffallenden Menge von Verfügungen gegen italienische Blätter sind solche Maßnahmen, die gegen Blätter verhängt wurden, die in zu Ungarn unmittelbar benachbarten Gebieten erschienen, und welche die Regierung aus eigener Initiative erließ, von verhältnismäßig geringer Anzahl.⁶ Im nachbarlichen Rumänien und Serbien sicherten die bilateralen Regierungsorgane der Monarchie gemeinsam mit den betreffenden Regierungen durch allgemeine Verträge zur Pressepolitik die Ausschließung von Agitation gegen die benachbarten Länder. Die italienische Regierung dagegen duldete die irredentistische Bewegung.

Die westlichen Zentren der antimonarchistischen irredentistischen Bewegung waren damals gerade in der Entwicklung begriffen, in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Frankreich und zum Teil auch in England. Die Presseabteilung des Ministerpräsidiums beobachtete diese, in den westlichen Staaten auftretenden Presseereignisse. Die Herausbildung der westeuropäischen und amerikanischen Zentren schöpfte die Kraft und den Nachwuchs aus der Auswanderung. Die Anzahl der Auswanderer beschäftigte die liberale Regierung zwar noch nicht, die Erscheinung an sich war aber schon wohlbekannt und nahm gesellschaftliche Maßstäbe an. Zu den außenpolitischen Traditionen der französischen Regierung gehörte die stillschweigende Unterstützung von balkanischen und osteuropäischen Emigranten- und ausgewanderten, antimonarchistischen aufwieglerischen intellektuellen Gruppen.⁷

Die Begründung einer Beleidigung der Monarchie dünkt oftmals als ziemlich hinkend. So belegte man z. B. die Blätter *L'Euganeo* (Padua) und *Srpska Nezavisimost* (Belgrad) wegen ihres die Monarchie beleidigenden Kommentars zum dalmatinischen Aufstand mit Postverbot.⁸ Der letztere Fall dehnt also die Beleidigung der Monarchie auch auf die Kritik an der Außenpolitik der Monarchie aus, worauf nach den ungarischen Gesetzen in keiner Weise die Möglichkeit einer Bestrafung gegeben ist.

Auch die Verteidigung der territorialen Integrität der Monarchie war ein Rechtstitel zur Verordnung von Postverbot. Die Regierung schuf Gesetze, um jedes Blatt, welches den Völkern der zur Monarchie benachbarten Staaten über Nationalitätenbewegungen innerhalb der Monarchie bzw. damit in Zusammenhang stehend berichtete, wegen Vergehen gegen die territoriale Unverletzlichkeit der Monarchie durch den Entzug des postvertrieblichen Rechtes vom Gebiet des ungarischen Staates zu verbieten.⁹ Gegen italienische Blätter erließ der Ministerrat auch aus diesem Grund die meisten Verfügungen. Er verbot die Verbreitung von *Corriere della Sera*, (Mailand), *Il Movimento* (Venedig), *Lo 89* (Genua), sowie der genuanischen und mailändischen Blätter *Il Popolo* und *Rivista illustrata settimanale*.¹⁰

Oft war auch die Vergeltung von Beleidigungen des Herrschers und seiner Familie durch Postverbreitungsverbot. Der die Person von Franz Josef beleidigenden Veröffentlichungen wegen verbot man die Verbreitung der *Neuen Freien Volkszeitung* (München), der in Rom erschienenen Drucksache *Don Chisciotte della Mancina*, des *La Commedia* aus Mailand sowie der *Neuen Züricher Zeitung*.¹¹ Aus demselben Grund entzog man auch der in Chicago erscheinenden Zeitschrift *Občan, Politický týždenník občanský v pokracování Chikagskeho Vestníka*, das postvertriebliche Recht.¹² Auch dem Pariser Blatt *Le Voltaire*, weil es „ehrfurchtlos“ über Franz Josef schrieb, verbot man die Verbreitung.¹³ Nach dem zur Zeit des Besuchs von Franz Josef in Gödöllő gegengezeichneten Ministerratsprotokoll kam es so auch 1880 zum Verbot der Verbreitung des *La chronique parisien*.¹⁴

Obwohl man die Arbeiterblätter im allgemeinen aus anderen Gründen aus dem Vertrieb entzog, wurde trotzdem das Blatt der Londoner

deutschen sozialistischen Arbeiterschaft, die *Londoner Arbeiter Zeitung* wegen einer die Person des Herrschers beleidigenden Mitteilung in Ungarn verboten.¹⁵ Die Vergeltung von die Person des Herrschers berührenden Beleidigungen wandte man im weiteren Sinne auf die ganze Herrscherfamilie an. Die *Dresdener Nachrichten* bestrafte man z. B. wegen eines die Kaiserin und Königin Elisabeth beleidigenden Artikels mit Verbreitungsverbot.¹⁶ Den Herrscher und seine ganze Familie beleidigte das Chicagoer Blatt *Amerika*. Auch ein Artikel des *Deutschen Montagblattes* beleidigte die Herrscherfamilie.¹⁷ Unter den Verboten spielen die Blätter amerikanischen Emigranten und Einwanderer in auffällig großer Zahl eine Rolle. Zu so einem Schicksal gelangte auch das aus dem Staat Ohio vertriebene Blatt *Dennice Novoweku*, (USA – Cleveland).¹⁸ Ähnlich ist das Schicksal des in der Stadt Milwaukee erschienenen Blattes *Columbie* (USA).¹⁹

Die Postverbote erließ der Ministerrat ohne Zeitbegrenzung. Die Gültigkeit des Verbotes bestand solange, bis die Redaktion des betreffenden Blattes noch keine Schritte zu dessen Auflösung unternommen hatte. Redaktionen von ausländischen Blättern unterrichtete man zum großen Teil vielleicht nicht einmal darüber, daß ihrem Blatt in Ungarn die Leser stocken, und vielleicht noch viel weniger darüber, daß die Post in einem ihnen unbekannten Land dieses Blatt im Weiteren nicht mehr verbreiten darf. Es ist Tatsache, daß man nur in den wenigsten Fällen und dann auch nur hauptsächlich Redaktionen der deutschen Blätter um die Auflösung des Verbotes bat, als man gegen einige von ihnen Vertriebsverbote erließ. Z. B. auf eine Bitte der Redaktion hob der Ministerrat das Verbot des Postvertriebes gegen die *Dresdener Nachrichten* auf, „in Anbetracht der veränderten günstigeren Richtung des Blattes“.²⁰

Gegenüber den oben erwähnten, zur „Verteidigung“ der Interessen der Österreichisch – Ungarischen und der „Gesamt“ – Monarchie dienenden Retorsionen erließ die Regierung auch zur Verteidigung der ungarischen Staats- und inneren Interessen zahlreiche und nachdrücklich ähnliche Verschärfungen.

Unter den Gründen spielt auch die Verteidigung der territorialen Unverletzlichkeit Ungarns, d. h. der ungarischen staatlichen Integrität eine Rolle. Z. B. unter dem Grund der „Aufwieglung gegen die territoriale Integrität Ungarns“ entzog die Regierung den Bukarester Blättern *Imparțialul* und *Națiunea* das Vertriebsrecht.²¹ Der Grund für das Verbot gegen das in New Orleans erscheinende Blatt *L'Italo Americano* war antiungarische Hetzerei.²² Auch den Vertrieb des Bukarester Blattes *Unirea* verbot man aus diesem Grund.²³

Solange die zwei Regierungen in Fragen der Verteidigung der gemeinsamen Interessen der Gesamtmonarchie und des österreichisch – ungarischen Staates einstimmig vorgingen, wendete, die ungarische Regierung in der Verteidigung der ungarischen, bzw. der ungarisch-kroatischen Interessen ihre Retorsionen auch gegen in Österreich erscheinende Blätter an. Unter anderen verbot sie den postalischen Vertrieb des in Wien erscheinenden Blattes *Recht* wegen Ermunterung der Kroaten zum Hochverrat gegen Ungarn.²⁴ Zu einem ähnlichen Schicksal gelangte auch das

in Wien erscheinende periodische Blatt *Schwarzgelb* wegen „haßerfüllter Einstellung gegenüber Ungarn“. ²⁵

Die Ausweitung des sich auf Postvertriebsverbote beziehenden Entscheidungsrechtes der Regierung auf Kroatien verursachte staatsrechtliche Probleme. Der Ban und die kroatische Verwaltung betrachteten dies als innere Frage, die ungarische Regierung jedoch war bemüht auch ohne Verwirklichung des Prinzips der Gegenseitigkeit vom Standpunkt der Pressepolitik her Kontrolle über Kroatien auszuüben. 1876 war die ungarische Regierung gezwungen prinzipiell Stellung zu beziehen: Auf welche Art ist die Pressepolitik in Hinsicht auf das kroatisch-ungarische staatsrechtliche Verhältnis anwendbar?

Als auf österreichische Anregung es zum Verbot des postalischen Vertriebes des Blattes *L'Arena* wegen eines gegen die „Integrität der Monarchie“ veröffentlichten Artikels kam, entstand im Ministerrat eine Diskussion darüber, auf welche Weise man die Gültigkeit der Entscheidung auf Kroatien ausweiten soll. Prinzipiell bezog der Ministerrat Stellung dazu, daß sich die durch den ungarischen Ministerrat angenommenen Postvertriebsverbote auch auf Kroatien ausdehnen. Aus diesem Grund baten sie den Handelsminister, den kroatischen Ban von dieser Entscheidung des Ministerrates in Kenntnis zu setzen. Vom Standpunkt der Kompetenz ist diese Entscheidung insoweit interessant, als daß der Minister der Kroatisch-Slawonisch-Dalmatinischen Länder, Kálmán Bedekovich auf der Sitzung des Ministerrates anwesend war und man nicht ihn mit der Übermittlung der Entscheidung des Ministerrates vertraute, sondern den in postalischen Sachen zuständigen Handelsminister. Die Ausdehnung der Zuständigkeit des ungarischen Handelsministers auf Kroatien trug aber zugleich auch eine Überschreitung des Kompetenzbereiches in sich, war doch Kroatien in inneren Regierungsfragen selbständig. Darum unterrichtete der Handelsminister den Ban von dieser Entscheidung des Ministerrates. ²⁶

Ein ähnlicher Fall war die Beschlagnahme des Blattes *Svoboda* von Starčević in der Gemeinde Susak in der Nähe von Fiume, welche die kroatischen Organe auch auf die in den Postämtern von Fiume findbaren Exemplare ausdehnten. Dieses verurteilte der Ministerrat, feststellend, daß die kroatischen Organe auf ungarischen Gebiet nicht zu beschlagnahmen haben. Außerdem wurde festgestellt, daß es im Sinne der ungarischen Gesetze nicht möglich ist einem inländischen Blatt das Recht des Transportes zu entziehen. Obwohl also Kroatien über eine eigene Gerichtsbarkeit verfügt, kann es nur dann auf dem Gebiet Ungarns einem kroatischen Blatt die postalische Verbreitung entziehen, wenn die ungarische Regierung von den kroatischen behördlichen Organen darum ersucht wurde. In dieser Sache müssen also zuerst die kroatischen Behörden eine Stellung beziehen bzw. muß der Ban entscheiden, ob er in dieser Angelegenheit der ungarischen Regierung schreibt. ²⁷

Auch wegen der Schürung von nationalem Haß stellte man den Vertrieb zahlreicher Blätter ein. Das *Berliner Tageblatt* wurde wegen Schürung eines Hasses zwischen Herrscher und Nationalitäten verurteilt,

namentlich wegen der Veröffentlichung des 5. Kapitels des Werkes „Das Drama von Mayerling oder der Sieg des Dämon“ von F. Freimund (Originalroman in „30. Kapitel“ München erschienen). Wegen ähnlicher Gesinnung verbot man auch „Der edle Kaisersohn Rudolf v. Österreich. Eine Erzählung aus näheren Tagen von Viktor Heime“ Berlin, weiterhin „Der Liebling Österreichs und der Frauen. Zeitroman von Baron Zuhinszky“ Dresden, sowie das in Mannheim erschienene Werk „Das Drama von Mayerling. Historischer Roman von Egon Wellershausen und das Blatt „*Amerikansko Slovenske Noviny*“.²⁸ Postverbot verordnete man gegen das Witzblatt *Ciulinul* unter dem Grund einer rumänischen nationalen Aufwieglung.²⁹ Gegen die *Gazeta Sateanului* mit der Begründung wegen aufwieglender Artikel.³⁰

Von einer ähnlichen Häufigkeit war die in der Verteidigung der gesellschaftlichen Ordnung verfügte Beschränkung und Verbot. So verbot man z. B. den Vertrieb des in Marburg erscheinenden *Reichsherold* wegen einer die „öffentliche Ordnung gefährdender Richtung“.³¹ In diese Gruppe kann auch die Begründung einer regierungsfeindlichen Aufwieglung eingereiht werden. Das Postverbot des *Romana Libera* verordnete man 1881 aus dem Grund einer regierungsfeindlichen Hetzerei.³² In einer Kritik der Tätigkeit der ungarischen Gesetzgebung fand der Ministerrat ebenso einen Grund für das Postverbot. Von dem Blatt *Romania Libera* wird „bezüglich des ganzen Gebietes der ungarischen Krone wegen ihrer aus Anlaß der Erlassung des Gesetzes über den ungarischen Sprachunterricht veröffentlichten aufrührerischen Artikel das postalische Beförderungssrecht entzogen“, im Gegensatz dazu erlaubte der Ministerrat dem in Rumänien erscheinenden Blatt *Romanul* erneut das Recht des Vertriebes, „seiner jetzigen freundschaftlicheren Richtung wegen“ und empfahl der österreichischen Regierung ein ähnliches Verfahren.³³ In diesem Fall veranlaßte die ungarische Regierung also die Einheitlichkeit der Haltung beider Regierungen bei der österreichischen Regierung.

Zu den Fällen der Verteidigung der gesellschaftlichen Ordnung können wir auch die Vergeltung der Aufwieglung zur Auswanderung rechnen. So erlaubte z. B. die Regierung dem in Brasilien erscheinenden Blatt *La Guida dell privato* mit der Begründung nicht dessen Verbreitung, daß „es zur Auswanderung nach Brasilien ermuntert.“³⁴

Der häufigste Fall der Verteidigung der gesellschaftlichen Ordnung ist das Verbot einer Hetzerei gegen gesellschaftliche Klassen. Natürlich vergalt der Ministerrat nur ausschließlich eine Hetze gegen besitzende Klassen. Die Hetze gegen eine Klasse richtete sich so auch ausschließlich auf die Beschränkung des postalischen Umlaufs von sozialistischen und anarchistischen Blättern. Auch ist es überraschend, in welcher großen Anzahl und aus wieviel Ländern sozialistische, bzw. in einer kleineren Anzahl anarchistische Blätter in diesen Jahren in Ungarn zur Verbreitung gelangten. Die der Aufwieglung gegen gesellschaftlichen Klassen „schuldigen“ Blätter verfolgte nicht nur die Presseabteilung des Ministerpräsidiums mit Aufmerksamkeit, sondern auch das Innenministerium beachtete

diese und ebendieses Innenministerium — an dessen Spitze nur mit einer kleineren Unterbrechung ebenfalls Ministerpräsident Kálmán Tisza stand — machte den Vorschlag zu deren Verbot. So z. B. verbot der Ministerrat der *Neuen Zürcher Zeitung* wegen einzelner Artikel als anarchistisch eingeschätzt deren Verbreitung in Ungarn. Gegen diese Maßnahme protestierte die Redaktion bei der Regierung und sich selbst als konservativ-liberales, den Interessen des Handels dienendes Blatt einschätzend bekannte es sich ausdrücklich als antisozialistisch und protestierte gegen die Entscheidung. Diese Affäre löste sowohl im Ausland als auch in Ungarn in Journalistenkreisen eine mit Verärgerung gemischte Heiterkeit aus.³⁵

Die Regierung strebte bewußt danach, die ungarische Verbreitung der ausländischen sozialistischen Blätter zu behindern, oder völlig zu verhindern. Wegen der die Arbeiterklasse aufhetzenden und hinsichtlich der inneren Ruhe des Staates eine gefährliche Richtung nehmenden Artikeln wird dem *Neuen Sozialdemokraten* das Vertriebsrecht entzogen.³⁶ Unter den sozialistischen Blättern spielten auch mehrere Schweizer Blätter eine Rolle. Auf Vorschlag des Innenministeriums beschloß man, in Bern erscheinendem periodischen Arbeiterblatt *Arbeiterzeitung* sowie dem in Zürich erscheinenden *Die Tageswacht* wegen ihrer sozialdemokratischen, kommunistischen und antidynastischen Richtungen das Postverbreitungsrecht hinsichtlich des gesamten Gebiets des ungarischen Reiches zu entziehen.³⁷ 1880 wurde die Verbreitung des Blattes *Der Sozialdemokrat*, Internationales Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge wegen gefährlicher Agitation verboten.³⁸ 1881 verlor die *Arbeiterstimme* offizielles Organ der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und des allgemeinen Gewerkschaftsbundes, der Rechtsnachfolger der *Tageswacht*, wegen der Verbreitung „staatsaufrührerische Ideen“ das Postverbreitungsrecht.³⁹ Wegen sozialistischer Aufwiegelung kam es zu Maßnahmen gegen die Zürcher Zeitung *Die neue Gesellschaft*.⁴⁰

Unter den verbotenen deutschsprachigen sozialistischen Zeitungen finden wir auch österreichische. Die Verbreitung der in Graz erscheinenden *Die Arbeit* wurde wegen „Hetze“ verboten, desweiteren die Verbreitung der Zeitung *Novi Prolom*.⁴¹

Von den französischen und amerikanischen sozialistischen Zeitungen versuchte die Regierung, in erster Linie die Verbreitung der slawischsprachigen Blätter zu verhindern. 1881 wurde die in Paris erscheinende Zeitung *Kurjer Parysky*, „wegen der Verbreitung revolutionärer Ideen“ verboten.⁴² 1888 wurde die Verbreitung der ebenfalls in Paris erscheinenden Zeitungen *Wolne polskie slowo* und *Glos Polski* wegen „ihrer revolutionären Tendenzen“ verboten.⁴³ 1889 verbot man dann die Verbreitung der ebenfalls in Paris erscheinenden polnischen Zeitung *Podubka* wegen ihrer „extrem nationalen und sozialrevolutionären“ Linie.⁴⁴ Während man in Frankreich gegen die polnischen Zeitungen Maßnahmen ergriff, so tat man das in den Vereinigten Staaten von Amerika gegen die tschechischen und slowakischen sozialistischen Blätter. Gegen die in Chicago erscheinende tschechische Zeitung *Svornost* wurde wegen „sozialistischer

Aufwiegelung“ Postverbot angeordnet.⁴⁵ Die Verbreitung der in New York erscheinenden Zeitung *Proletar* wurde wegen deren sozialistischer Linie verboten.⁴⁶ Die in Clewland erscheinenden Zeitungen *Jednota Osvojenich* und *Nedelni List Dennice Nowowesu*, die *Nasinec* (Chicago) und die Zeitung *Patriot* (New York) wurden 1884 wegen ihrer „gefährlichen sozialistischen Aufwiegelungen“ aus der Postverbreitung ausgeschlossen.⁴⁷ 1887 kam es zum Verbot der ebenfalls in New York erscheinenden ruthenischen (ukrainischen) Zeitung *Nauka* und der Zeitung *Józan ész* wegen ihrer sozialistischen Rechtungen.⁴⁸

Auffallend ist, daß die Regierung im englischen und auch im französischen Sprachgebiet in erster Linie die Verbreitung slawischer Zeitungen verbot, während gegen die Verbreitung englischsprachiger sozialistischer Blätter so gut wie keine Schritte unternommen wurden, ebenso wenig ergriff die Regierung Maßnahmen gegen die französischsprachigen sozialistischen Zeitungen. Das hängt wahrscheinlich damit zusammen, daß man in der Arbeiterschaft das Lesen sozialistischer Zeitungen verhindern wollte. Die ungarische Arbeiterschaft sprach neben der ungarischen Sprache hauptsächlich deutsch und slawisch (tschechisch, slowakisch, polnisch, ukrainisch, serbisch und kroatisch). Dagegen sprachen nur verhältnismäßig wenige englisch oder französisch. Charakteristisch ist daß nicht nur aus der Schweiz deutsche Zeitungen nach Ungarn kamen, sondern auch aus England deutschsprachige sozialistische Blätter in Ungarn verbreitet werden, jedoch keine englischsprachigen. 1887 verbot die Regierung die Verbreitung der einzigen original englischen Zeitung, die für die dortige Arbeiterschaft erscheinende *Londoner Freie Presse*, welche der Nachfolger der *Londoner Arbeiterzeitung* war, wegen ihrer „revolutionären Richtung“.⁴⁹

Unter den vom verbreitungsverbot betroffenen Zeitungen finden wir in auffälliger Zahl auch italienische sozialistische Zeitungen. Die italienischen Blätter konnten wahrscheinlich die italienischen Bewohner des Distrikts Fiume, desweiteren die an den ungarischen Industrieinvestitionen und beim Eisenbahnbau beschäftigten italienischen Gastarbeiter lesen. Unter den italienischen Zeitungen finden wir auch demokratische Zeitungen, wie die in Rom erscheinende *La Lega della Democrazia*.⁵⁰ Ein verbreitungsverbot wurde gegen die in Palermo erscheinende *L'Italia del Popolo* wegen ihrer „sozial-revolutionären und irredentischen“ Linie angeordnet.⁵¹ Die Zeitung *La Venezia* dagegen wurde wegen ihrer extrem nationalistischen und sozialrevolutionären Richtung verboten.⁵²

Die in den Balkanstaaten erscheinenden fortschrittlichen Blätter wurden nach den zur Verfügung stehenden Angaben wegen ihrer Feindseligkeit gegenüber der Monarchie oder dem ungarischen Staatstum von der Verbreitung ausgeschlossen, aber keines wegen seiner sozialistischen Linie.

Ein interessanter Verteidigungsversuch der ausländischen sozialistischen Zeitungspublication gegen das Verbreitungsverbot beziehungsweise die Ausgabebeschränkung durch die ungarische und heimische Regierung war die täuschende Titeländerung. Die Redaktion der 1879

durch den ungarischen Ministerrat verbotenen Zeitung *Freiheit* änderte den Namen der Zeitung in *Bismarck* um.⁵³ Die Geschicklichkeit der in London erscheinenden Emigrantenzeitung zwang den Ministerrat zu einer prinzipiellen Stellungnahme. Er erklärte das Verbreitungsverbot für eine Zeitung, die schon einmal mit einem Postverbot belegt wurde, auch nach einer Namensänderung für gültig.⁵⁴ 1882 vereinfachte der Ministerrat mit einem weiteren prinzipiellen Beschluß das Verfahren gegenüber Zeitungen, die durch Namensänderung das Verbot der verbreitung zu umgehen suchen. Dieser Bestimmung zufolge können das Innenministerium und das Verkehrsministerium im Einverständnis das Postvertriebsverbot ohne neuerlichen Ministerratsbeschluß auf die Zeitung mit verändertem Titel ausdehnen, wenn deren Inhalt mit dem der verbotenen Zeitung übereinstimmt.⁵⁵

Die Regierung unterschied zwischen inländischen und ausländischen Blättern und verwies die Beurteilung des auf ausländische Blätter angewandten Postverbots in den Wirkungsbereich des Ministerrates. Demgegenüber wurden die Herausgabe und Vertriebsrechte der inländischen Zeitungen vom Wirkungskreis des Ministerrates nicht eingeschränkt. Die Angelegenheiten der inländischen Blätter erledigte die Presseabteilung des Ministerpräsidiums im eigenen Wirkungsbereich im Einverständnis mit der verantwortlichen Abteilung des Innenministeriums. In Ausnahmefällen konnte jedoch der Ministerrat über den Justizminister auch gegen inländische Zeitungen Strafverfahren einleiten. So erreichte er zum Beispiel ein Strafverfahren gegen die in der 37. Ausgabe der *Népszava* von 1879 erschienene Mitteilung „Alarm der Kommunisten“ auf Grund des Gesetzes Nummer XVIII, 9. § von 1848.⁵⁶ Ohne Strafverfahren oder Richterspruch konnten gegen inländische Blätter keine Vergeltungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Bei den Vergeltungsanordnungen, die dem Schutz der bestehenden Ordnung dienten, bildeten die Blätter mit anarchistischer Linie eine besondere Gruppe. Während die sozialdemokratischen Blätter, als in Europa anerkannte und nicht gesellschaftsfeindliche Strömung, auch die ungarische Regierung zu einer gewissen Zurückhaltung zwangen, waren bei den anarchistischen Blättern neben der Bezeichnung der anarchistischen Richtung keine sonstigen Verbotsgründe nötig. Mit diese Begründung konnte man auch nicht-anarchistische Zeitungen mit dem Vertriebsverbot belegen, denn es war nicht leicht, die anarchistische Linie einer Zeitung zu beweisen oder zu bestreiten. So war die anarchistische Linie die Begründung bei der in den Vereinigten Staaten von Amerika (New York) erschienenen Ausgabe *Internationale Bibliothek*.⁵⁷ Eindeutig erscheint das Verbot der in Lemberg herausgegebenen Blätter *Der Anarchist* und *Djilo*, denn sie sind schon in ihrem Titel anarchistisch.⁵⁸

Die Verbreitung anarchistischer Blätter in Ungarn kann nicht von bedeutendem Maße gewesen sein, wenn wir die kleine Zahl der aus diesem Grunde ausgesprochenen Verbreitungsverbote betrachten.

Die Pressepolitik gehörte nur zum Teil in den Wirkungsbereich des Ministerpräsidiums. Die Erwägung von Einschränkungen gegenüber

der Verwirklichung des Prinzips der Pressefreiheit und die auf Grund dessen eingeleiteten ersten Ermittlungen des richterlichen Prozeßverfahrens gehörten in den Wirkungskreis des Innenministeriums. Die Vollstreckung des Postvertriebsverbotes gehörte in den Aufgabenbereich des Handels- und Verkehrsministers. Die Verbreitung von Nachrichtenblättern in Ungarn wurde 1852 im Rahmen der Zentralisationsbestrebungen des Habsburger Reiches zur Zeit des Absolutismus umorganisiert. Demzufolge konnte man die inländischen Nachrichtenblätter direkt beim Herausgeber bestellen und die Post vermittelte nur die Postanweisungen der Abonnementpreise. Dagegen konnte man ausländische Blätter ausschließlich nur bei der Post abonnieren. Nach 1867 hielt die unter Verwaltung der ungarischen Regierung gestellte selbständige Postorganisation dieses System weiter aufrecht. Die Regierung unter Kálmán Tisza modernisierte besonders in der Zeit von Verkehrsminister Gábor Baross die Verbreitung von Nachrichtenblättern und machte diese durch die Organisation der Eisenbahnpostambulanzen im ganzen Land in wenigen Stunden zustellbar. Die Auflösung der Beschränkungen für ausländische Zeitungen blieb die Regierung schuldig, das Ministerpräsidium und der Ministerrat überwachten sogar aufmerksam deren politische Kontrolle.

Natürlich schloß dies sonstige Formen der Postzustellung von ausländischen Zeitungen zur Vermeidung von Vergünstigungen der Postzeitungszustellung, die im Rahmen dieser Arbeit nicht behandelt werden können, nicht aus.⁵⁹

ANMERKUNGEN

¹ Der Entwurf verlangte die Aufhebung zahlreicher Beschränkungen des Pressevertriebs. Petition der Journalisten Vereins an den Minister Präsident, Pester Lloyd, Nr. 276 vom 10. Juli 1881). 1880 faßte der Verein auf Grundlage des vom Neuerkomitees angefertigten Vorschlags den Beschluß, daß sie unter Vorsitz von Mór Jókay den Ungarischen Journalistenverein gründet. Das Ziel des Vereins ist, „die Beschränkung der Würde des Wortes“ „die Verteidigung der Freiheit periodisch erscheinender Presse“. Egyetértés, Nr. 14 vom 14. Januar 1880)

² Die Gnade des Ministerpräsidenten ist gleichzeitig ein vor Folgen fürchtendes Bekenntnis. (Ungarisches Staats archiv, Protokoll des Sitzungen des Ungarischen Ministerrates [(im weiteren: MR/Nr. der Beratung/Nr. der Bestimmung) Datum]) – MR (9/13) 3. Mai 1889).

³ So z. B. verbot die österreichische Regierung wegen dem Artikel „Ein ungarischer Königschoß“ in der *Gartenlaube* (Leipzig) deren postalische Weiterleitung (!) nach Ungarn. Die Entziehung des zeitungsvertriebliehen Rechtes dieses Blattes dehnte die ungarische Regierung auch auf das Gebiet Ungarns aus. MR (10/10) 23. Februar 1876

⁴ Hier ist kein Platz dazu, um darzulegen, inwieweit in dieser Hinsicht eine Wechselseitigkeit zwischen beiden Regierungen bestand. Tatsache jedoch ist, daß die ungarische Regierung das Verbot gegen die *Gartenlaube* auflöste, sich darauf berufend, daß die österreichische Regierung dies ebenfalls tat. MR/5/8/11. November 1879. In ähnlicher Weise ging die Regierung auch im Falle der „*Dresdener Nachrichten*“ vor.

⁵ Vertriebsverbot wegen Irredentismus verordnete die Regierung gegen die Blätter *La Bandiera*, (mailändisch) MR (22/6) 28. September 1884, *La Capitale Gazette de Roma* MR (22/11) 11. Mai 1880, *L'Epoca Genua* – MR (26/12) 20. Mai 1880 *La Tribuna* (römisches), *Giornale di Udine* – MR (22/6) 28. September 1884

Zu einem ähnlichen Schicksal gelangten auch die Blätter *L'Italia* (mailändisches –

- MR(4/29) 17. Februar 1889, *La Lega della Demokrazia* (römisches) MR(19/19) 8. April 1880, *Il Papagallo* (bolognesisches) – MR(48/7/19. November 1880, und *Trieste* (napoleonisches) MR(10/29) 25. März 1880
- ⁶ Die dualistische Monarchie beleidigender Artikel wegen wurden die in Belgrad erscheinenden Blätter *Srbska Nezavisnost*, *Omladina* und das in Sabač erscheinende Blatt *Borba* mit Postverbot belegt. MR(10/29) 25. März 1890
- ⁷ Unter anderem entzog die ungarische Regierung den in Paris erscheinenden Blatt *Dacia viitoare* die Vertriebs Erlaubnis wegen eines die Monarchie beleidigenden Artikels. MR(12/15/5. April 1882. Postverbot verordnete sie unter anderem gegen die New York erscheinenden Blätter *L'Echo d'Italia* – MR(27/4/1. Juli 1882 und *Svobodny Občan* – MR(4/29) 17. Februar 1889
- ⁸ MR(16/11) 11. April 1882
- ⁹ Gegen die *Berliner Freie Presse* wurden unter Bezug auf Aufwieglung gegen die territoriale Integrität des Staates Maßnahmen ergriffen. MR(21/3) 9. Oktober 1878
- ¹⁰ Die Verbreitung der Blätter *Corriere della Sera* (Mailand), *Il Movimento* (Venedig) – MR(27/2) 27. September 1878, der Zeitung *Lo 89* (Genua) – MR(6/4) 27. Februar 1890, sowie der in Genua und Mailand erscheinenden Blätter *Il Popolo* und *Rivista illustrata settimanale* wurde verboten. MR(29/14) 19. Juni 1879. Unter den rumänischen Blättern wurde der Vertrieb der in Iași erschienenen Drucksache *Calendarul caraghiosului*, der in Niss erschienen Blätter *Stara Srbija* verboten. MR(6/4) 27. Februar 1890.
- ¹¹ MR(6/21) 4. April 1889 MR(6/26) 27. Februar 1887
- ¹² MR(44/26) 10. Oktober 1880
- ¹³ MR(29/5) 15. Mai 1880
- ¹⁴ MR(49/21) 30. November 1880
- ¹⁵ MR(25/9) 1. Oktober 1887
- ¹⁶ MR(51/6) 23. Dezember 1876
- ¹⁷ MR(35/11) 6. August 1877, MR(6/1) 3. Februar 1879
- ¹⁸ MR(4/1) 23. Januar 1879
- ¹⁹ MR(32/7) 22. Dezember 1887
- ²⁰ MR(54/10) 23. November 1879
- ²¹ MR(1/5) 2. Januar 1884
- ²² MR(1/5) 24. Januar 1890
- ²³ MR(18/24) 13. Juni 1887
- ²⁴ MR(4/7) 10. Februar 1884
- ²⁵ MR(23/15) 21. Dezember 1888
- ²⁶ MR(25/9) 9. Juni 1876
- ²⁷ MR(59/4) 28. Dezember 1879
- ²⁸ MR(9/3) 3. Mai 1889
- ²⁹ MR(25/3) 29. August 1883
- ³⁰ MR(18/20) 14. Oktober 1888
- ³¹ MR(18/20) 14. Oktober 1888
- ³² MR(37/1) 30. Juli 1881
- ³³ MR(26/2) 3. Juni 1879
- ³⁴ MR(18/2) 19. August 1884
- ³⁵ (Anonym): Verbotenes anarchistisches Blatt. *Egyetértés*, Nr. 33 vom 3. Februar 1887
- ³⁶ MR(46/7) 24. Juli 1875
- ³⁷ MR(1/8) 7. Januar 1877
- ³⁸ MR(1/5) 2. Januar 1880
- ³⁹ MR(24/3) 26. Mai 1881
- ⁴⁰ MR(19/19) 8. April 1880
- ⁴¹ MR(11/17) 9. April 1889
- ⁴² MR(55/34) 14. Dezember 1881
- ⁴³ MR(2/13) 12. Januar 1888
- ⁴⁴ MR(18/8) 14. Juni 1889
- ⁴⁵ MR(34/22) 18. September 1882
- ⁴⁶ MR(18/2) 19. August 1884
- ⁴⁷ MR(14/8) 21. Mai 1884
- ⁴⁸ MR(14/22) 30. April 1887

⁴⁹ MR(30/18) 26. November 1887

⁵⁰ MR(19/19) 8. April 1880

⁵¹ MR(21/7) 9. September 1884

⁵² MR(18/8) 14. Juni 1889

⁵³ MR(7/2) 10. Februar 1879

⁵⁴ MR(8/2) 20. Februar 1879

⁵⁵ MR(10/7) 22. Februar 1882

⁵⁶ MR(26/1) 3. Juni 1879

⁵⁷ MR(18/24) 13. Juni 1887

⁵⁸ MR(18/9) 13. Juni 1887

⁵⁹ *Károly Kostyán: A postabélyegző. A magyar bélyegek monográfiája. I. Általános rész.* (Der Poststempel, Monografie der ungarischen Briefmarken, I. Allgemeiner Teil) Budapest 1965, 604 S. Die Verkehrspolitik von Gábor Baross ist im Gegenteil zu seiner Postpolitik aufgearbeitet. Die Darlegung der diesbezüglichen Entscheidungen des Ministerrates würde den Rahmen der vorliegenden Abhandlung sprengen.